Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittags ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark, monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Fernsprecher: 17 230. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 1—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 553 Dresden, durch Schlegel ★ Anzeigenpreise: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 27 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 10 Goldpfennige für die Reklamezeile (mindestens ein breigespaltenen Zeilenraum) ★ Anzeigen sind vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Montag, 22. Juni 1925 | Nummer 58

Kampffront gegen die Hungerzölle!

Offene Anfrage an den Bundesvorstand des ADGB.

Was gedenkt der ADGB. gegen den Zoll- und Steuerraub zu tun?

Der Reichsrat hat die Zollvorlage der Luther-Regierung mit 48 gegen 10 Stimmen angenommen. In der nächsten Woche soll diese Vorlage, die der Bundesausschuß des ADGB. mit Recht

„unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen"

genannt hat, im Reichstag durchgepeitscht werden. Jetzt schon beraten die Regierungsparteien über die Kniffe der Geschäftsordnung, mit denen sie eine etwaige Obstruktion abwürgen wollen.

Der ADGB.-Vorstand hat in mehrfachen Kundgebungen sich gegen die neuen Zoll- und Steuerpläne der reaktionären Regierung gewandt, er hat in seiner Sitzung vom 13. Juni „schärfsten Einspruch" gegen eine Wirtschaftspolitik erhoben, die durch Schutzzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, andererseits aber jede Lohnerhöhung ablehnt.

Der ADGB. hat aber trotz aller starken Worte gegen die Zölle noch mit keinem Wort verraten, durch welche Mittel er diesen Anschlag auf die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes zurückweisen will.

Er hat bisher als einzige Maßnahme beschlossen, zehn Pfennige pro Mitglied der Gewerkschaften zum Zwecke einer „planmäßigen Abwehraktion" gegen die schutzzöllnerischen Bestrebungen der Regierung, Industrie und Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. In einer Zeit, wo die Bourgeoisie durch die Hafearbeiteraussperrung die freien Gewerkschaften direkt mit den schärfsten Waffen angreift, tut der ADGB. nichts zur Mobilisierung der Massen.

Wir fragen im Namen von Millionen freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter:

Wie soll die planmäßige Abwehraktion aussehen?

Wann soll sie beginnen?

Warum ist von ihr bis heute nichts zu merken?

Die Arbeiterschaft hat mit den „Aktionen" des ADGB. schon die trübsten Erfahrungen gemacht. Noch immer warten die Arbeiter vergebens auf die versprochene Aktion zur Rückeroberung des Achtstundentages, für die jedes Mitglied 50 Pfennige bezahlt hat. Statt seine Mittel ausschließlich in den Dienst proletarischer Aktionen zu stellen, hat der ADGB. seine Mittel sogar für die politische Propaganda für bürgerliche Parteien verwendet. Die Gewerkschaftsblätter haben mit den Geldern der Arbeiter für denselben SPD.-Minister Braun Propaganda gemacht, dessen Regierung eben im Reichsrat für die wucherische Zollvorlage gestimmt hat.

Nicht leere Phrasen in den Parlamenten, nicht hohles Geschwätz in den Zeitungen fordern die Arbeiter von ihren Organisationen, sondern praktische Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Raubpläne der Bourgeoisie.

Die Kommunistische Partei, die einzige Partei, die die Interessen der Arbeiterschaft und der werktätigen Massen konsequent vertritt, macht den Gewerkschaften den folgenden Vorschlag zu einem

Aktionsprogramm gegen den Zollwucher.

1. In der Zeit der Beratung der Zollvorlage Massendemonstrationen und intensivste Propaganda gegen die Zollpläne in ganz Deutschland, zugleich schärfste parlamentarische Obstruktion, auch gegen die Landesregierungen, die die Zollvorlage unterstützt haben.

2. Sollten die bürgerlichen Parteien und die Regierung es trotzdem wagen, die Zollvorlage durchzupeitschen, dann Volksentscheid gegen die Zollgesetze. Unter dem Druck des ADGB. müßte auch die durch ihre Koalitionspolitik an die Bourgeoisie geknüpfte SPD. dafür eintreten. Das zur Einleitung eines Volksentscheids notwendige Drittel der Abgeordneten wäre ohne Schwierigkeit gesichert.

3. Wenn die Regierung durch irgendwelche Gewaltmittel den Volksentscheid zu verhindern, zu beeinflussen oder sein Ergebnis zu ignorieren versucht, dann

Einsetzung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels, des Demonstrationsstreiks,

der mit den anderen ebenso dringenden proletarischen Forderungen: Achtstundentag, Amnestie, Aufhebung der Lohn- und Mietsteuer, Entwaffnung der monarchistischen Reaktion zu verbinden wäre.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Eure Gewerkschaftsorganisationen werden unter ihrer jetzigen Führung diese Vorschläge nicht annehmen, wenn ihr sie nicht dazu zwingt.

Die Spitzenorganisationen werden weiter radikal reden und nichts tun, wenn ihr sie nicht in euren Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen auf unsere Vorschläge verpflichtet.

Die KPD. erklärt sich bereit, jede wirkliche Kampfmaßnahme gegen die Raubpläne der Bourgeoisie und ihrer Regierung mit allen Kräften zu unterstützen.

Hat der Bundesausschuß des ADGB. bessere Vorschläge für die planmäßige Aktion gegen den Zollwucher zu machen, so werden wir sie akzeptieren und unterstützen. **Aber wir werden nicht dulden, daß die Führer der Gewerkschaften, die durch die Macht ihrer Organisationen die Zoll- und Steuerpläne der besitzenden Klassen verhindern können, mit radikalen Phrasen ihr Nichtstun verdecken.**

Es ist Zeit, von den Worten zur Tat überzugehen!

In einer Zeit, wo sich die marokkanischen Kolonialsklaven, die seit Jahrtausenden geduldig unter das Joch gebeugten Kulis, gegen den räuberischen Imperialismus erheben, werden auch die Lohnsklaven im Herzen Europas nicht mehr lange widerstandslos zusehen, wie sie an das internationale Kapital verkauft werden.

Ihr Herren vom ADGB., die Arbeitermassen erwarten von euch eine klare Antwort. Wenn ihr schweigt, so werden wir nicht verfehlen, diese Antwort der proletarischen Oeffentlichkeit bekannt zu machen.

Der ADGB. hat die Macht, den proletarischen Kampf gewaltig zu fördern oder zu erschweren. Er wird, was er tut und was er unterläßt, vor Millionen vom Hunger bedrohter Proletarierfamilien zu verantworten haben.

Berlin, den 19. Juni 1925.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Sektion der 3. Internationale.

Der Zollkampf

Wie er geführt wird, und wie er geführt werden muß

Vom Polbureau wird uns geschrieben:

Wer nach den großen Tönen, die die sozialdemokratische und die Gewerkschaftspresse gegen die Zollraubpläne der Luther-Regierung von sich gegeben hat, glaubte, nun würde man endlich das seltene und neuartige Schauspiel erleben, wie die schwarz-rot-gelben Sozialisten zum Kampf gegen Großkapitalisten und Junker, gegen die reaktionäre Regierung, antreten, ist wieder einmal enttäuscht worden. Der „Sturm", der nach der Meinung der „Gewerkschaftszeitung" gegen die Zollvorlage entfacht werden soll, hat sich bisher als ein blindes Lüftchen erwiesen. Was die „sozialistischen" Regierungsvertreter in der Beratung des Reichsrats am 18. Juni geleistet haben, das ist ein Beispiel sozialdemokratischen „Kampfes", das seinesgleichen sucht.

Wenn im Reichsrat alle Regierungen, die von der Unterstützung der SPD. abhängen, gegen die Zollvorlage gestimmt hätten, dann wäre sie ebenso gefallen, wie der Einspruch gegen die Aufhebung der Ausnahmegerichtsbarkeit in Bayern gefallen ist. Aber, was hat die Gefahr der Aushungerung des Volkes für sozialdemokratische Minister und Ministeranwärter zu bedeuten, wenn ihr höchstes Gut, der Ministersessel, in Gefahr ist? Das Verhalten der Braun-Regierung im Reichstag gibt uns einen Vorgeschmack von der Art, wie der „Zollkampf" der SPD. im Reichstag aussehen wird. Die preußische Regierung hat sich mit keinem Wort gegen die Industriezölle gewandt, sie hat selbst Getreidezölle in der Höhe von 2 Mark bis 3,50 Mark vorgeschlagen und nur beantragt, das System Mindestzölle durch das System der gleitenden Zölle (d. h. solcher Zölle, die sich der jeweiligen Differenz zwischen Weltmarktpreisen und Inlandspreisen anpassen) zu ersetzen. Als dieser Abänderungsantrag auf den Einspruch des Landwirtschaftsministers Kanitz abgelehnt wurde (dagegen stimmte z. B. die hessische Regierung mit ihrem sozialdemokratischen Präsidenten Ulrich), da stimmte in der Schlußabstimmung die preußische Regierung für den Regierungsentwurf. Der „Vorwärts" meint: „... offenbar aus der Erwägung heraus, daß die Schaffung eines Zolltarifs an sich eine Notwendigkeit sei und ein Vakuum nicht verantwortet werden könne", und bemerkt dazu:

„Nach diesem Auftakt im Reichsrat kann man sich eine Vorstellung davon machen, mit welcher Schärfe der Kampf im Reichstag entbrennen wird, wo in den nächsten Tagen und Wochen die endgültige Entscheidung fallen soll!"

„Spottet seiner selbst und weiß nicht wie." Die „Schärfe" des sozialdemokratischen Kampfes wird danach darin bestehen, daß die SPD. grundsätzlich die Notwendigkeit des Zolltarifs anerkennt, Abänderungsanträge stellt, die die Industriezölle unberührt lassen, sich friedlich überstimmen läßt (auch von ihren zentrümlichen und demokratischen Koalitionsgenossen), wobei sie eventuell noch, falls es zur Rettung der Luther-Regierung notwendig sein sollte, was freilich nicht wahrscheinlich ist, für den Regierungsantrag stimmt oder sich der Stimme enthält.

Der „Vorwärts" vom 20. d. M. deutet diese „Kampfführung" schon an. Er bemerkt, daß die Regierungsparteien über die Zollvorlage noch nicht untereinander einig sind (für die Industriellen der Deutschen Volkspartei sind die Agrarzölle zu hoch) und daß daher ein Kompromiß wahrscheinlich in der Richtung der gleitenden Zölle beschlossen werden wird, das Zollgesetz würde „eine Vergewaltigung des Volkes" darstellen und dürfe darum „in dieser Form" nicht Gesetz werden. Das heißt, daß die SPD. für die Zölle zu haben ist, wenn man ihr in der Form entgegenkommt.

Es ist klar, warum die Sozialdemokraten selbst bei einer solchen Frage, wo offenkundig die Interessen der breitesten Volksmassen auf dem Spiele stehen und es leicht möglich wäre, durch die Mobilisierung der Volksmassen die Regierung mitsamt ihren Wucherplänen zu Fall zu bringen, nicht an einen wirklichen Kampf denkt. Die SPD. hat schon mehrfach, zuletzt beim spanischen Handelsvertrag, die Luther-Regierung gerettet. Sie tut das deshalb, weil ihre ganze Politik von der Hoffnung bestimmt ist, in die edle Gemeinschaft der Luther-Stresemann-Geßler aufgenommen zu werden, sobald es zwischen der Regierung und den Deutschnationalen wegen der außenpolitischen Schwierigkeiten zu einem Konflikt kommt. Die Sozialdemokraten versäumen keine Gelegenheit, in der Oeffentlichkeit

Für die Vollamnestie!

Halle, 22. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die Stadtverordnetenversammlung von Zeitz hat einen Antrag der Kommunisten angenommen, in welchem sie sich für die volle Amnestie einsetzt. Außer der KPD. und der SPD. stimmten auch einige Bürgerliche für den Antrag. Die übrigen enthielten sich der Stimme.

Gegen Amnestie und Steuerraub!

Berlin, 22. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Der Ortsausschuß des ADGB. Torgau hat in seiner letzten Sitzung einstimmig zwei Resolutionen angenommen, von denen die erste gegen die geplante Teilamnestie flammenden Protest einlegt und die volle Amnestie fordert, und die zweite ebenso flammend gegen den Steuerraub der Luther-Regierung protestiert und den ADGB. auffordert, die gewerkschaftlichen Organisationen sofort aufzurufen und in den Kampf einzusetzen.

Delegation nach Rußland

Bochum, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Arbeiterrat der Firma Stahlindustrie Bochum, gewerkschaftlich zusammengesetzt aus 10 Freigewerkschaftlichen und 2 Christlichen, parteipolitisch zusammengesetzt aus 2 Kommunisten, 2 Zentrumsleuten und 8 Parteilosen, beschloß einstimmig, einen Delegierten nach Sowjetrußland zu entsenden. Die Kosten für die Delegation übernimmt die 3000 Mann starke Belegschaft.

Frontkämpfer am Niederrhein

Elberfeld, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern versammelten sich zu einem Roten Tag die Roten Frontkämpfer des Niederrheins in Elberfeld. An der Demonstration nahmen über 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen teil. Der Demonstrationszug wurde in den Arbeitervierteln begeistert empfangen. Die sonst in Elberfeld so frechen Faschisten hielten sich den ganzen Tag zurück. Ein Versuch, abziehende Rote Frontkämpfer mit Revolvern und Gummiknüppeln zu überfallen, wurde sofort zurückgeschlagen.